



GLOBALE LÖSUNGEN FÜR GLOBALE PROBLEME: Dazu gehört unter anderem auch eine menschenwürdige Arbeit für alle. FOTO: NASA

Hoffnungsschimmer für Uno-Klimakonferenz

Endlich diskutieren sie über den Umbau der Weltwirtschaft!

Die Uno spuckt ganz neue Töne. Das könnte sich auch auf ihrer 21. Klimakonferenz in Paris zeigen.

Gelingt es uns nicht endlich, die Erderwärmung zu stoppen, so sieht die Weltbank für die Zukunft schwarz. Das macht sie in ihrem neuen Bericht klar: Vor allem Afrika würde unter den Folgen einer gescheiterten Klimapolitik leiden. Bis 2030 werde dort die Zahl der ärmsten Menschen um weitere Hundert Millionen zunehmen.

Ihr Horrorszenario veröffentlicht die Weltbank gerade rechtzeitig zur 21. Uno-Klimakonferenz. Diese wird vom 30. November bis zum 11. Dezember in Paris stattfinden*. Ein Riesenanlass, an dem 40000 Teilnehmende aus 194 Staaten erwartet werden. Und wieder geht es um das völkerrechtlich verbindliche «Zwei-Grad-Ziel»: Bis zum Jahr 2050 sollen die weltweiten Treibhausgasemissionen um 40 bis 70 Prozent gegenüber den Emissionen von 1990 gesenkt werden. So und nur so kann es gelingen, dass die Erdmitteltemperatur um nicht mehr als zwei Grad im Vergleich zur Temperatur vor Beginn der Industrialisierung (1850) ansteigt. Andernfalls drohen ein Schmelzen der Gletscher, ein Anstieg der Meeresspiegel sowie eine Zunahme von Stürmen und anderen extremen Wetterphänomenen. In Paris soll nun die Nachfolge des Kyoto-Protokolls bestimmt werden.

ARBEIT FÜR ALLE. Diesmal hat die Uno an ihrer Generalversammlung Vorarbeit geleistet, die aufhorchen lässt. Die dort verabschiedete «Agenda für nachhaltige Entwicklung im Hinblick auf das Jahr 2030» (kurz: Agenda 2030) ist nicht einfach ein Programm zur Armutsbekämpfung in den Entwicklungsländern. Sie verlangt nicht weniger als die weltweite ökologische Wende als Voraussetzung für «dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle». Also auch für die Industrieländer. Eine Schweiz, die die von ihr mitgetragene Agenda respektiert, darf so die geplante Energiewende nicht wieder zurückbuchstabieren.

Das sind ganz neue Töne, denn erstmals verknüpft die Uno die Beseitigung der Armut mit sozialer Entwicklung und der Bewahrung des Planeten. Das ist auch ein Erfolg intensiver Lobbyarbeit des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) und der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Ihnen ist es gelungen, die ILO-Forderungen zu würdiger Arbeit in der Entwicklungsagenda zu verankern. Also Vollbeschäftigung, gleiche

* Die Konferenz soll trotz den Attentaten nach wie vor in Paris stattfinden. Stand bei Redaktionsschluss am 18. November.

Erderwärmung: Exxons Klimälügen

Der weltgrösste Ölkonzern Exxon Mobil war sich aufgrund eigener Forschungen bereits 1977 sicher: Die Verbrennung fossiler Rohstoffe würde zu einer bedrohlichen Erderwärmung führen. Das schliessen US-Umweltverbände aus internen Papieren und Aussagen ehemaliger Exxon-Kader. Die Firma hielt die Erkenntnis geheim.

DESINFORMATION. Später, als der Klimawandel zum internationalen Thema wurde, investierte Exxon etwa 30 Millionen Dollar in eine Desinformationskampagne. Diese zog die eigenen Erkenntnisse und die mittlerweile vorliegenden Ergebnisse der Klimaforschung in Zweifel. Mit doppeltem Erfolg: Die USA sperrten sich gegen ein wirksames Klimaschutzabkommen. Und ein Verfahren, das die Umweltverbände jetzt gegen den Ölkonzern anstrengen wollen, hat nur geringe Erfolgsaussichten. Denn Aussagen zum Klimawandel gelten dank der Exxon-Schwindeleien nicht als wissenschaftlich belegt und unterstehen deshalb der Meinungsfreiheit. (ms)

Rechte für Mann und Frau, Bekämpfung der Kinder- und der Zwangsarbeit, sozialer Basisschutz. Der ehemalige Unia-Chef Vasco Pedrina, der die Schweizer Gewerkschaften bei den Diskussionen innerhalb des IGB vertrat, kommentiert: «Dieser neue Rahmen sollte helfen, an der Pariser Klimakonferenz die nötigen Entscheide zu fällen, um die ökologische Wende endlich einzuleiten.»

CHINA UND DIE USA. Wie schon bei den bisherigen Klimakonferenzen, so werden auch diesmal in Paris die klassischen Industriestaaten mit den Entwicklungsländern allerdings darüber streiten, wie viel Kohlenstoffdioxid (CO₂) sie noch ausstossen dürfen.

Botschafter Michael Gerber, Sonderbeauftragter für globale nachhaltige Entwicklung im Schweizer Aussenministerium, führt gegenüber work das Problem China an. Der weltweit grösste Umweltverschmutzer will weiterhin als Entwicklungsland eingestuft werden und damit das Recht auf geringere CO₂-Reduktionen haben. Eine gewisse Hoffnung auf Fortschritte hat Gerber gleichwohl. Angesichts der dramatischen Luftverschmutzung in seinen Städten hat jetzt auch China zumindest schon mal Pläne für eine sauberere Energiegewinnung angekündigt. Und auch US-Präsident Barack Obama, dessen Land der zweitgrösste Umweltverschmutzer ist, kündigte im letzten August einen Plan zur Förderung erneuerbarer Energie an. (ms)

Kinderarbeit in den Goldminen Die Spur führt

Die Tessiner Goldraffinerie Valcambi verarbeitet Rohgold, das Kinder in Burkina Faso schürfen müssen. Dahinter steckt ein Schmugglerring.

MICHAEL STÖTZEL

Abdoulaye, Issa und Moussa wollen ihr Alter nicht sagen. Dass die drei Jungen noch keine 16 Jahre alt sind, ist aber offensichtlich. Eigentlich dürften sie deshalb im westafrikanischen Staat Burkina Faso überhaupt noch nicht arbeiten. Doch das tun sie: und zwar in einer der Goldminen in der Nähe der Hauptstadt Ouagadougou. Für die Erwachsenen sind die bis zu 170 Meter tiefen Stollen, aus denen das goldhaltige Gestein gefördert wird, meist zu eng. Nicht für die Buben, die zwischen 9 und 15 Jahre alt sind.

Die Minenbetreiber versorgen sie mit Alkohol und Amphetamin. Das unterdrückt den Hunger, wenn die Kinder zwölf Stunden am Stück chrampfen. Und dämpft ihre Angst, wenn sie durch die dunklen Stollen kriechen müssen. Gesichert sind sie lediglich mit einem Hanfseil. Und an den Tunnelausgängen schwenkt ein erwachsener Arbeiter ein grosses Stück Gummi, um Luft in die Stollen zu wedeln. Mehr Ventilation gibt es nicht. Trotz der massiven Staubbelastung sind Masken oder Schutzkleidung für die Kinderarbeiter eine Seltenheit.

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) schätzt, dass Tausende Minderjährige in den Minen Burkina Fasos und des benachbarten Mali arbeiten müssen. Sie stellen einen Drittel bis die Hälfte der Beschäftigten in den Minen, sagt die ILO. Die Buben müssen in die Stollen, die Mädchen waschen das goldhaltige Material. Dabei hantieren sie mit hochgiftigem Quecksilber und Cyanid. Niemand registriert, wie viele von ih-

Die Betreiber der Minen versorgen die Kinder mit Alkohol und mit Amphetamin.

nen umkommen, weil sie in den schlecht gesicherten Stollen lebendig begraben werden. Oder wenn sie sich beim Goldwaschen vergiften. Obgleich die lokalen Zeitungen immer wieder von Todesfällen berichten.

REINGEWASCHENES GOLD

Im Februar 2014 veröffentlicht der Bundesrat Zahlen über die Herkunft des in der Schweiz verarbeiteten Rohgoldes. Allein im Vormonat Januar sollen 1287 Kilo im Wert von 42 Millionen Franken aus Togo importiert worden sein. Doch seltsam: In diesem westafrikanischen Land wird offiziell überhaupt kein Gold abgebaut. Die Expertinnen und Experten der Schweizer Entwicklungsorganisation Erklärung von Bern (EvB) stehen vor einem Rätsel: Was ist hier eigentlich los? Sie recherchieren. Schliesslich bringt sie ein Informant auf die heisse Spur: Das Gold



KEINER ZU KLEIN: Die Buben klettern ohne Helm in die engen Schächte. Die

stamme gar nicht aus Togo, sondern aus den Minen in Burkina Faso, erzählt er. Es werde in kleinen Barren, so gross wie Zigarettenschachteln, nach Togo geschmuggelt. Illegal. Denn legal führt Burkina Faso «so gut wie kein Gramm» aus. Das sagt sein Bergbauministerium.

Die EvB-Experten wollen alles wissen. Sie recherchieren weiter. Schliesslich fliegen sie nach Ouagadougou. Was sie dort zutage fördern, liest sich wie ein Krimi: Auftraggeber des Goldschmuggels nach Togo ist das libanesische Handelsunternehmen Ammar. Es unterhält Niederlassungen in der togolesischen Hauptstadt Lomé und in Genf.

Das Schmugglernetzwerk betrugt Burkina Faso jährlich um Zolleinnahmen im zweistelligen Millionenbereich. In Lomé kauft Ammar die Päckchen. So wechselt das Gold die Nationalität. Es kann ganz legal ausgeführt und ausgeflogen werden. Direkt nach Zürich. Dort übernimmt es die Tessiner Goldraffinerie Valcambi in Balerna TI zur weiteren Verarbeitung. Laut den EvB-Berechnungen macht der libanesische Konzern bei diesem Geschäft einen Umsatz von jährlich mehreren Hundert Millionen Franken.

EINE UNTERSUCHUNG

Ouagadougou – Lomé – Zürich – Balerna: Auf der Kinder-Goldroute gibt es offenbar keine weiteren Kontrollen. In den Zollstatistiken taucht nur das Land auf, aus dem das Gold in die Schweiz versandt wurde. Immerhin: Der Bundesrat muss jetzt über die Bücher. Der

inzwischen abgewählte grüne Waadtländer Ständerat Luc Redorforderte ihn am 21. September

Die Kinder hantieren mit giftigem Quecksilber und Cyanid.

in einem Postulat dazu auf, den Fall Valcambi zu untersuchen. Noch hat sich der Bundesrat nicht geäussert.

Die Tessiner Goldschmelze Valcambi rühmt sich, freiwillig strikteste Qualitätsstandards einzuhalten. Sie behauptet, genau zu wissen, woher das von ihr raffinierte Rohgold stamme. Und will garantieren können, dass bei seiner Förderung und Lieferung die Menschenrechte eingehalten würden. So erklärt das Unternehmen denn auch, die Recherchen und Vorwürfe der Erklärung von Bern seien «haltlos und falsch».

Langfädig legte Valcambi-Sprecher Michael Mesaric die Vorgehensweise seines Unternehmens zur Prüfung des angelieferten Materials und der Lieferanten dar. Und verlor dabei kein Wort über Togo, Burkina Faso und die Kinderarbeiter. Das war am 16. September. Einen knappen Monat später, am 12. Oktober, meldete sich Valcambi erneut. Diesmal recht kleinlaut: Man habe Lieferungen aus Burkina Faso vorläufig gestoppt. «Berühmte Spezialisten» seien damit beauftragt worden, die Herkunft des togolesischen Goldes genauer zu untersuchen.

Das EvB-Dossier finden Sie auf: <https://goo.gl/wf06d1>

Gold im westafrikanischen Burkina Faso führt in die Schweiz



**KLEINGEWERBLICHE
GOLDPRODUKTION
IN BURKINA FASO**

8t JÄHRLICH
VON HAND
ABGEBAUTES
GOLD

NUR 1t
VERSTEUERT

200 000
PERSONEN ARBEITEN
IM SEKTOR

30-50%
SIND KINDER



GOLDINDUSTRIE IN DER SCHWEIZ

2500t
GOLD

WERDEN JEDES JAHR
VON DER SCHWEIZ IMPORTIERT
UND RAFFINIERT

DIE SCHWEIZ RAFFINIERT
DEN GEGENWERT VON
70%
DER WELTWEITEN PRODUKTION

4
DER 6 GRÖSSTEN GOLDRAFFINIEREN
DER WELT



Mädchen waschen das so geborgene Gold mit Hilfe hochgiftiger Stoffe. Schutzbrillen, Handschuhe oder Masken gibt es für die Minderjährigen nur selten. FOTOS: PEP BONET / KEYSTONE; GRAFIKEN: EVB / NAILA MAIORANA

Ex-Staatsanwalt Dick Marty (FDP) verlangt: «Die Konzerne sollen haften»

Die Schweizer Multis können für ihre Dreckgeschäfte in der Dritten Welt nicht belangt werden. Bis jetzt.

MICHAEL STÖTZEL

work: Dick Marty, Rohgold aus Kinderarbeit im westafrikanischen Burkina Faso landet offenbar auch in der Goldraffinerie Valcambi im Tessin. Wie ist das möglich?

Dick Marty: Das ist möglich, weil wir Schweizer Unternehmen bisher nicht für ihre Geschäfte im Ausland haftbar machen können. Auch dann nicht, wenn dabei die Menschenrechte verletzt werden.

Sie haben eine Volksinitiative mitlanciert, die die Multis für ihre Geschäfte zur Verantwortung ziehen will. Wieso sollten Unternehmen da mitmachen?

Die Tatsache, dass es Regeln und Mechanismen gibt und nur jene belangt werden, die sie nicht einhalten, sichert allen Unternehmen die Gleichheit der Behandlung und der Chancen zu. In der Wirtschaft garantiert dies eine gesunde Konkurrenz, und davon profitiert die Mehrheit der Unternehmen. Es ist in ihrem Interesse, wenn das Label Schweiz für Qualität, Ehrlichkeit und den Respekt der Menschenrechte und des Umweltschutzes steht. Auch die Konsumenten sind



DICK MARTY: «Warum können wir nicht für einmal die ersten sein?»

FOTO: KEYSTONE

sich nach und nach dieser Werte bewusst geworden. Deshalb ist es bedauerlich, dass gewisse Wirtschaftsorganisationen nicht in der Lage sind, über ihre Nasenspitze hinaus zu schauen. Ich erinnere mich sehr gut daran, wie diese sich einst gegen die Vorschläge zur Bekämpfung der Geldwäscherei wandten. Übrigens mit den gleichen Argumenten, die sie jetzt gegen unsere Initiative vorbringen. Und heute brüsten sie sich damit, dass sie weltweit über die besten Voraussetzungen zur Bekämpfung der Geldwäscherei verfügen.

Die Gegner sagen, ein Ja zu Ihrer Initiative würde zu Wettbewerbsverzerrung, Zwangsbürokratie und Millionenkosten führen.

Das sind die ewiggleichen Argumente... Verschiedene Länder sind dabei, die Uno-Leitlinien für multinationale Konzerne, auf denen auch

Die Schweiz trägt eine besondere Verantwortung.

unsere Initiative beruht, umzusetzen. Warum müssen wir immer den anderen hinterherlaufen? Warum können wir nicht für einmal die ersten sein?

Wir sind das Land mit der höchsten Dichte multinationaler Firmensitze. Wir tragen deshalb eine besondere Verantwortung. Oder wollen wir, dass ein amerikani-

sches Gericht uns wieder mal brutal daran erinnert?

Etliche Unternehmen haben den Wert eines guten Labels Schweiz begriffen und sich freiwillig zur Achtung der Menschenrechte und des Umweltschutzes verpflichtet. Warum reicht das nicht?

Wenn auch nur eine kleine Minderheit gegen die Leitlinien verstösst, schadet sie dem Image unseres Landes und seiner ganzen Wirtschaft. Nehmen wir ein Beispiel aus dem Strassenverkehr: Die grosse Mehrheit der Autofahrerinnen und -fahrer verhält sich korrekt und verantwortungsvoll, auch ohne dass die Polizei dabei ist. Und dennoch kann eine kleine Minderheit von Rowdies die Sicherheit aller anderen Verkehrsteilnehmenden gefährden. Aus diesem Grund gibt es die Geschwindigkeitskontrollen, sie sind vielleicht manchmal unangenehm, aber sie sorgen für die Sicherheit aller.

Sind Schweizer Gerichte nicht überfordert, wenn sie beurteilen sollen, ob ein Unternehmen die nötige Sorgfalt bei Geschäften eingehalten habe?

Die Schweizer Gerichte sind sehr vorsichtig und wissen sich gegen grundlose Behauptungen zu wehren. Es wird an den Klägern liegen, ihre Klagen komplett und überzeugend zu dokumentieren.

DIE KONZERNE SOLLEN MEHR VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN: DIE INITIATIVE

Der Fall der Tessiner Goldraffinerie Valcambi (siehe «Die Spur führt in die Schweiz») zeigt: Auch Firmen, die von sich behaupten, bei ihren Geschäften auf anständige Bedingungen zu achten, lassen Kinder für sich arbeiten und schauen bei Zwischenhändlern einfach weg.

● **Beispiel Bangladesch:** Die unerträglichen Arbeitsbedingungen in den Kleiderfabriken sind seit der Brandkatastrophe im November 2012 weltbekannt. Modemultis wie etwa C&A, H&M oder Tommy Hilfiger lassen dort produzieren.

● **Beispiel Kongo:** Kupferminen haben einen Fluss so verseucht, dass die Bauern der Umgebung ihre Felder nicht mehr bewässern können. Der Zuger Rohstoffkonzern Glencore lässt dort schürfen. Nur zwei von vielen Beispielen. Immer wieder sind auch Konzerne beteiligt, die in der Schweiz ansässig sind oder hier ihre Geschäfte betreiben.

SORGFALT. In diesem Frühling haben 76 Hilfswerke, Frauen-, Menschenrechts-, Umweltorganisationen und Gewerkschaften (SGB, Unia, Syndicom, VPOD) die Konzernverantwortungsinitiative lanciert. Ihr Ziel: Alle in der Schweiz ansässigen Unternehmen sollen bei ihren Geschäften zu «Sorgfaltsprüfungsverfahren» verpflichtet werden. Sie müssen belegen, alles getan zu haben, um den Schutz von Menschenrechten und der Umwelt zu garantieren. Können sie das nicht, sollen Geschädigte die Unternehmen vor Schweizer Gerichten verklagen und Wiedergutmachung fordern können.

Weitere Infos und Kontakt:
www.konzern-initiative.ch